

Das Bundeswehrmandat für Syrien und Irak beenden

Die medizinische Friedensorganisation IPPNW fordert weiterhin die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr in Syrien und im Irak. Jede militärische Einmischung bringt weder Frieden noch Demokratie. Das Bundeskabinett hat bereits im Oktober 2018 die Beendigung der Bereitstellung von Tornado-Kampfflugzeugen zur Aufklärung in Syrien und im Irak sowie die Luftbetankung von Maschinen der internationalen Anti-IS-Koalition zum 31. Oktober 2019 beschlossen. Der deutsche Beitrag „zur umfassenden Stabilisierung Iraks durch die Beteiligung am Fähigkeitsaufbau („capacity building“) der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition“ soll zum 30. April 2019 überprüft werden.

Wir begrüßen den Abzug aller Truppen in Absprache mit staatlichen und anderen Akteur*innen in Syrien, insbesondere mit den zivilen Institutionen und Gruppen. Auch ein Truppenabzug ist eine Aufgabe für die Diplomatie und Gespräche auf Augenhöhe. Insbesondere muss Deutschland alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel einsetzen, um eine militärische Intervention der Türkei zu verhindern.

Daher fordert die IPPNW von der deutschen Bundesregierung:

- Beendigung des Bundeswehreinsatzes
- Beendigung aller Rüstungsgeschäfte mit den Ländern des Nahen Ostens
- Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit allen am Krieg beteiligten Kräften.
- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung und die Suche nach dem Gespräch mit allen Konfliktparteien mit dem Ziel inklusiver und umfassender Friedensverhandlungen unter UN-Leitung

Antragsteller: Vorstand der IPPNW Deutschland

Den Weg der Menschen in Syrien zum Wiederaufbau unterstützen: Humanitäre Hilfe darf nicht mit Bedingungen verknüpft werden.

Krieg und Terror müssen durch Diplomatie und Verhandlungen sowie durch gute und gerechte Lebensbedingungen überwunden werden. Die Verweigerung des Gesprächs (z.B. durch den Abbruch diplomatischer Beziehungen), die Belastung der Bevölkerung durch Sanktionen, der Ausschluss von relevanten Gruppen und Teilen der Bevölkerung von Friedensverhandlungen und die Unterstützung einer Kriegspartei sind destruktiv für die Sache des Friedens. Dabei müssen die Bürgerrechte, Menschenrechte und das Recht, den eigenen Weg zu suchen, geachtet werden. Wiederaufbauhilfe darf nicht mit Forderungen nach einer bestimmten Variante demokratischer Staatsformen oder nach einer bestimmten Regierung verknüpft werden.

Daher fordert die IPPNW von der deutschen Bundesregierung:

- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung und die Suche nach dem Gespräch mit allen Konfliktparteien mit dem Ziel inklusiver und umfassender Friedensverhandlungen vorzugsweise unter UN-Leitung
- Beendigung aller Sanktionen, die das humanitäre Leid der Zivilbevölkerung verschlimmern
- Unterstützung von Versöhnungs- und Entfeindungsprogrammen
- Unterstützung von Demokratieprojekten und gewaltfreiem Engagement von syrischen Bürger*innen; Die EU soll entsprechende Projekte langfristig und ohne Vermischung mit militärischen Elementen

fördern. Wenn sich die EU aus finanziellen Gründen zurückzieht, soll Deutschland eine Finanzierung prüfen.

- Vorbereitung und Schaffung der Voraussetzungen für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO), in Anlehnung an die erfolgreiche Arbeit der KSZE zur Befriedung Europas
- Unterstützung von Ausstiegsprogrammen für ehemalige IS-Kämpfer*innen sowie Kämpfer*innen anderer bewaffneter Gruppen und Milizen.
- Deutsche Staatsbürger*innen müssen unverzüglich wieder in die BRD zurückgeholt werden und hier für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.
- Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der Region durch ausreichende finanzielle Unterstützung der UN-Flüchtlingsarbeit und die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland
- Humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung im Interesse der syrischen Bevölkerung und unabhängig von Eigeninteressen

Antragsteller: Vorstand der IPPNW Deutschland

Antrag an die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW 2019

IPPNW fordert ein Moratorium beim Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes

Die medizinisch-biologische Bewertung von elektromagnetischen Feldern wird bis heute wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Gleichwohl hat der Expertenausschuss der Internationalen Krebsagentur (IARC) aufgrund neuer Studien eine Höherbewertung seiner bisherigen Einstufung („möglicherweise krebserregend“) auf „krebserregend“ angeregt. Es geht dabei auch um den Streit, wieviel an elektromagnetischer Strahlung eine Gesellschaft aus industriepolitischen Gründen heraus ertragen muss.

Als Ärzte in sozialer Verantwortung fordern wir die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die gesundheitlichen, ökologischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der 5G-Technologie zu untersuchen und zu diskutieren – bevor diese flächendeckend eingesetzt wird !

Als Ärzte setzen wir uns für Vorsorge und Prävention gegenüber gesundheitlichen Gefahren ein. Deshalb fordern wir ein Moratorium beim Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes.

Begründung:

Es ist geplant, den neuen Mobilfunkstandard 5G mit einer unüberschaubaren Anzahl an neuen Sendeanlagen flächendeckend auszubauen. Aufgrund des höheren benutzten Frequenzbereiches (3,5 – 3,7 GHz und geplant 24-86 GHz) können mit dieser Technologie zwar mehr Daten für die „vernetzte digitale Zukunft“ (u.a. Autonomes Fahren, Internet der Dinge, Smart Grid, Smart City) transportiert werden, die Sendeanlagen haben aber eine deutlich verkürzte Reichweite, wodurch die elektromagnetische Strahlenbelastung der Umwelt weiter ansteigen wird.

- Die Mobilfunk-Technologie steht im dringenden Verdacht, unsere Gesundheit zu schädigen. Hochfrequente elektromagnetische Felder werden seit 2011 von der Internationalen Krebsagentur (IARC) als möglicherweise krebserregend eingestuft (Klasse 2B) und mit der Gefahr durch Benzindämpfen, Chloroform und dem Pflanzengift DDT gleichgesetzt. Es mehren sich die Hinweise, dass mit diesen Technologien ernste Gesundheitsprobleme einhergehen: Internationale Wissenschaftler fordern auf Grund neuer Studien die Höherstufung in "Krebs erregend" – selbst der der beratende Experten-Ausschuss der IARC regte diese Neueinschätzung bei einem Treffen am 22.4.19 an (1) .

Weiter sind Gefährdungen der Fruchtbarkeit sowie die bei Strahlensensibilität bestehenden Konzentrations- und Schlafstörungen in der wissenschaftlichen Diskussion (2,3,4). Die Regierung fördert unbeirrt den Ausbau des Mobilfunks. Eine Technikfolgenabschätzung fand bislang nicht statt.

- Die im Zuge der neuen 5G-Technologie beginnend mögliche Vision der Vernetzung und Steuerung aller gesellschaftlichen Vorgänge im Sinne einer totalen Transparenz ist missbrauchbar und gefährdet direkt die demokratische Teilhabe.
- Die neue Technologie wird zur weiteren Steigerung des Energiebedarfs aufgrund der hierfür notwendigen Kapazitätserhöhung der Datenspeicherung beitragen – mögliche Energie-Einsparpotenziale durch Effizienzgewinne werden verpuffen. Die Klimaerwärmung wird dadurch weiter beschleunigt, ebenso der Verbrauch an sog. kritischen Rohstoffen.
- Die digitale Transformation der Städte und die Kommunikations-Infrastruktur sind Teil der digitalen Aufrüstung der Bundeswehr. Der geplante Einsatz der Künstlichen Intelligenz im Militär braucht als Basis ein vernetztes Gefechtsfeld, aus dem alle Daten militärisch ausgelesen werden. Das in Munster stationierte deutsch-französische Panzerlehrbataillon 93 soll als „Testeinheit“ diese Vision umsetzen.

Die 5G-Kommunikationstechnologie bietet der Industrie ungeahnte wirtschaftliche Möglichkeiten und für die Konzerne Milliarden Profite.

Wir schließen uns der Moratoriums-Forderung der Städte Genf, Florenz und Brüssel sowie der Abteilung für Umweltmedizin und -hygiene der Medizinischen Universität Wien an.

A. Schmitz-Unger, Stuttgart
A. Boye, Baden-Baden
H. Zürn-Müller, Stuttgart
S. Mende-Lechler, Ludwigsburg
J. Schmid, Stuttgart

Literaturhinweise:

(1) IARC Urged To Revisit RF Risk, 22.04.19, <https://microwavenews.com/short-takesarchive/iarc-urged-reassess-rf>

(2) McClelland S, Jamboin JJ 2018: *The Radiation Safety of 5G-Wi-Fi: Reassuring or Russian Roulette?* International Journal of Radiation Oncology, Biology, Physics 101 (5), 1274; <https://doi.org/10.1016/j.ijrobp.2018.04.051>. .

(3) Isabel Wilke: „Biologische und pathologische Wirkungen der Strahlung von 2,45 GHz auf Zellen, Fruchtbarkeit, Gehirn und Verhalten.“ In „umwelt-medizin-gesellschaft“ Heft 1 / 2018. Studienrecherche.

(4) Mobilfunkstrahlung und Krebs: Die Ergebnisse der NTP-Studie und die Gesamtstudienlage, Ein Kommentar von L. Hardell, M. Carlberg und L. Hedendahl, 9/2018, www.diagnosefunk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1397.

Antrag an die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW 2019

Israel nach der Wahl – deutsche Verantwortung für den Frieden

Aus der Überzeugung, dass der Nahost-Konflikt eine der zentralen Gefahrenherde für den Weltfrieden darstellt,
dass nur eine Verhandlungslösung zwischen Israel und den Palästinensern zu einem gerechten Frieden und einer friedlichen Zukunft für beide führen kann,
dass in diesem Konflikt wie in anderen auch Völkerrecht und Menschenrechte die Richtschnur sind und gewalttätige Mittel nicht zum Einsatz kommen dürfen,

fordern wir von der Bundesregierung als derzeitigem Mitglied des UN-Sicherheitsrates und als wichtigem EU-Mitgliedsstaat und von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini,

- sich für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, der die Positionen beider Konfliktparteien respektiert und für beide annehmbare Kompromisse enthält.
- bei allen Verhandlungen und Vorschlägen zur Konfliktlösung auf die Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts zu bestehen,
- darauf zu dringen, dass die israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem weiterhin als völkerrechtlich illegal definiert bleiben,
- ausdrücklich festzustellen, dass Ostjerusalem, das Westjordanland, Gaza und der Golan nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören,
- sich für die Entwicklung einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage bestehender UN-Resolutionen einzusetzen,
- sich für die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens zu engagieren,
- sich für die Anerkennung des Grundrechts der arabisch-palästinensischen BürgerInnen in Israel auf vollwertige Staatsbürgerschaft durch Israel einzusetzen

Begründung:

Nach den Wahlen im April hat der israelische Präsident Reuven Rivlin Benjamin Netanjahu mit einer Regierungsbildung beauftragt. Nachzeitigem Stand wird es wohl eine rechtsnational-religiöse Regierung sein, die allen Hoffnungen auf Fortführung eines Friedensprozesses mit den Palästinensern den Boden entzieht. Im Gegenteil: Nachdem bereits im Frühjahr der Siedlungsbau von weiteren mehreren tausend Wohneinheiten genehmigt worden war, hat Netanjahu bereits vor der Wahl angekündigt, die C-Gebiete im Westjordanland rund um die mehr als 200 illegal errichteten Städte, die verharmlosend Siedlungen genannt werden, zu annektieren. Das wären ca. 60 % des Westjordanlandes. Damit würde das Land, das dem zukünftigen palästinensischen Staat zur Verfügung stehen könnte, in einzelne voneinander getrennte Enklaven zerteilt.

Die Lebensbedingungen unter der Besatzung werden in allen Lebensbereichen immer schwieriger und die Entrechtung der Menschen schreitet weiter voran. Mit dem vor Kurzem verabschiedeten Nationalstaatsgesetz, das Netanjahu zufolge nur noch Juden als Staatsbürger kenne, scheint sich die israelische Regierung endgültig von demokratischen Prinzipien zu verabschieden. Eine unkritische Unterstützung der derzeitigen israelischen Regierungspolitik würde weiter Öl ins Feuer dieses Brandherdes gießen und dient weder den Interessen der israelischen noch der palästinensischen Menschen in der Region.

Daher sollten die deutsche Regierung und die EU der aktuellen US-Politik eine eigenständige Politik entgegen setzen. Deutsche und europäische Verantwortung bedeutet aktuell und vor dem historischen Hintergrund: keine Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit, kein Wegsehen vor der Besatzungsrealität und auch keine Unterbindung von kritischer und kontroverser Auseinandersetzung. Stattdessen sollte sie politische und zivilgesellschaftliche Kräfte in Israel/Palästina unterstützen, die sich für einen gerechten Frieden einsetzen

Es gibt gute Initiativen für eine eigenständige – von der US-amerikanischen Politik unabhängige - europäische und deutsche Nahost-Politik, z.B. aus der Stiftung Wissenschaft und Politik oder von ehemaligen EU-Außenministern.

Deutschland als „besonderer Freund“ Israels sollte nach den oben genannten Prinzipien eine energische Vorreiterrolle für einen gerechten Frieden spielen.

Antragstellerin: Sabine Farrouh

Kein militärischer Einsatz von Drohnen durch die Bundeswehr

Die Mitgliederversammlung der deutschen Sektion der IPPNW fordert:

- Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen!
- Eine umfassende politische und gesellschaftliche Diskussion zum Thema Drohnenkriegsführung und autonome Waffensysteme
- Die Beendigung des Leasingvertrages über fünf bewaffnungsfähige Drohnen des Typs Heron TP mit der ADAS (Airbus Defence & Space Airborne Solutions) und dem israelischen Hersteller IAI (Israeli Aerospace Industries) sowie der Ausbildung von Bundeswehrsoldat*innen durch das israelische Militär in Israel
- Den Stopp der Entwicklung der gemeinsamen „Eurodrohne“ mit anderen europäischen Ländern
- Das Engagement Deutschlands für ein völkerrechtliches Verbot von militärisch genutzten Drohnen

Begründung:

„Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden“. So steht es im Koalitionsvertrag. Diese versprochene Würdigung der ethischen und juristischen Argumente darf nicht fernab der Öffentlichkeit, sondern muss im Rahmen einer mehrtägigen öffentlichen Debatte im Plenum des Bundestages stattfinden. Zudem ist die Anhörung von Sachverständigen und Betroffenen unbedingt erforderlich. Die abschließende Abstimmung im Bundestag zur Frage der Bewaffnung von Drohnen muss eine namentliche Gewissensabstimmung sein.

Drohnen werden in der Offensive eingesetzt und senken die Hemmschwelle zur Gewaltausübung. Sogenannte Assistenzsysteme, automatisierte Abläufe und verkürzte Reaktionszeiten fördern die Automatisierung. Am Ende könnte eine autonome Drohne ohne Fremdsteuerung stehen, die anhand bestimmter Kriterien über Leben und Tod entscheidet.

Die Drohne Heron TP (Heron für Reiher und TP für Turboprop) ist für den Übergang gedacht. Ab 2025 soll auf die „Eurodrohne“ umgestiegen werden, ein Projekt der deutschen, französischen, italienischen und spanischen Regierungen. Die Realität in Ländern, in denen viele Drohneneinsätze stattfinden, spricht dagegen, dass Terrorismus durch Drohnen besiegt werden könnte. Dazu braucht es vielmehr globale Gerechtigkeit und präventive Maßnahmen.

Für uns als medizinischer Friedensorganisation stehen die humanitären Folgen von Drohneneinsätzen im Fokus. Die psychischen und sozialen Folgen von Drohneneinsätzen gehen weit über die (zivilen) Todesopfer, die gesundheitlichen Folgekosten und die materiellen Schäden für Existenzsicherung, Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen hinaus. Darüber hinaus führt die permanente Beobachtung durch jederzeit einsatzbereite Drohnen zu erheblichen psychischen Belastungen für die betroffene Bevölkerung.

Die Folgen der nie endenden Bedrohung bilden eine Hypothek für die kommenden Generationen. Viele Kinder empfinden ständige Angst und sind gezwungen „gefährliche“ Orte wie die Schule, andere Ansammlungen von Menschen, aber auch „auffälliges“ Verhalten zu vermeiden. Sie können ihre Individualität nicht entfalten und erleben stattdessen eine ohnmächtige Wut gegen einen unsichtbaren Feind.

Es kann zudem noch nicht abgeschätzt werden, wie sich diese Form der entfernten Kriegsführung auf die psychische Verfassung des Drohnenpersonals auswirken wird. Wir sehen einerseits die Gefahr, dass sich die Hemmschwelle zu töten durch die Distanz zu dem Kriegsgeschehen verschiebt. Auf der anderen Seite werden erhebliche Belastungen und psychische Störungen durch die intensive Beobachtung der Opfer vor und nach der Tötung sowie durch das parallele Leben sowohl im zivilen Alltag als auch im Krieg beschrieben.

Schon heute ist Deutschland am Einsatz von bewaffneten Drohnen beteiligt: Die Drohneneinsätze der USA im Nahen und Mittleren Osten, im Jemen und in Nordafrika werden per Datenverbindung über die Luftwaffenbasis in Ramstein/Rheinland-Pfalz gesteuert. Der Einsatz militärischer Drohnen birgt große Gesundheitsgefahren für die betroffenen Bevölkerungen sowie für das Drohnenpersonal und muss schnellstmöglich beendet werden. Weiterführend sollte sich die Bundesregierung für ein völkerrechtliches Verbot von Kampfdrohnen einsetzen.

Weitere Informationen finden sich in dem IPPNW-Report „Die humanitären Folgen von Drohnen – Eine völkerrechtliche, psychologische und ethische Betrachtung“.

Antragsteller: Vorstand der IPPNW Deutschland

Antrag an die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW 2019

Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Nach dem Aussetzen des INF-Vertrages durch die USA und Russland fordert die IPPNW Deutschland die Bundesregierung auf, die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Deutschland dauerhaft auszuschließen.

Darüber hinaus fordert die deutsche IPPNW die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU für ein neues Abkommen zwischen Russland, den USA, sowie den Mitgliedern von EU und NATO einzusetzen. Dieses soll die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Raketenabwehrsysteme in Europa verbieten, unabhängig vom Trägersystem. Europa bezieht sich hierbei nicht nur auf die EU, sondern auf alle Staaten des Kontinents – inklusive Russland.

Auf deutscher und europäischer Ebene sollen IPPNW-Mitglieder diesen Vorschlag öffentlich bekannt machen und über die Gefahren eines neuen Wettrüstens für Umwelt und Gesundheit aufklären.

Begründung:

Der INF-Vertrag wurde von beiden Vertragsparteien ausgesetzt, nachdem 2003 schon der ABM-Vertrag von den USA aufgekündigt worden war. Bundesaußenminister Maas hat mehrmals deutlich zu verstehen gegeben, dass die Bundesregierung nicht daran glaubt, den INF-Vertrag in der jetzigen Form retten zu können. Die USA und Russland zeigen kein Interesse, ihn beibehalten zu wollen. Beide Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Atomwaffensysteme im großen Stil und entwickeln neue Atomwaffen sowie konventionellen Waffensystemen mit kurzen und mittleren Reichweiten. Es droht in Europa ein Wettrüsten wie zur Zeit des NATO-Doppelbeschluss 1979.

Die IPPNW setzt ihren Fokus auf das baldmöglichste Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags, also die formelle völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen. Zu diesem Zweck fordert die IPPNW, dass auch die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner sich dem Vertrag anschließen. Gleichzeitig widmet sich die IPPNW ihrer Gründungsmission – der Verhinderung eines Atomkrieges. Durch die Aufkündigung des ABM- und des INF-Vertrages hat sich das atomare Wettrüsten erneut verschärft – vor allem in Europa. Mehr noch als strategische Langstreckenraketen erhöhen Kurz- und Mittelstreckenraketen das Risiko der atomaren Kriegsführung erheblich und müssen daher dringend durch multilaterale Vertragswerke verboten werden. Daher gilt es jetzt, alternative Vorschläge zu unterbreiten, wie eine neue Rüstungsspirale frühzeitig unterbunden und eine neue Entspannungspolitik angestoßen werden kann.

Die IPPNW fordert, dass sich die EU als Vorreiter für Abrüstungsinitiativen positioniert. Innerhalb der EU soll mit gutwilligen Partnern eine gesamteuropäische Initiative zur Verhinderung eines atomaren Wettrüstens in

Europa als globales Vorbild vorangebracht werden. Auf deutscher und europäischer Ebene sollen IPPNW-Mitglieder diesen Vorschlag öffentlich bekannt machen und über die Gefahren eines neuen Wettrüstens für Umwelt und Gesundheit aufklären.

Antragsteller: AK ICAN

Antrag an die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW 2019

Kündigung des Truppenstationierungsvertrages

Die MV 2019 möge beschließen, dass die IPPNW von der Bundesregierung fordert, den Truppenstationierungsvertrag von Seiten Deutschlands zu kündigen.

Begründung:

Die IPPNW wehrt sich im Bündnis mit anderen Friedensorganisationen seit Jahren gegen die Stationierung von Atomwaffen in Büchel, gegen die Kriegsdrehscheibe in Ramstein auch als Drohnen-Relaisstation, gegen die NATO-Kommandozentrale in Kalkar sowie gegen die Kriegsbefehlszentralen EUCOM und AFRICOM. Etwa 35.000 US-Soldaten sind in Deutschland stationiert. Sie führen von deutschem Boden aus Kriege, tödliche Drohneneinsätze und sichern die Aufrechterhaltung einer Politik der Absicherung durch Konfrontation.

Mit moralischen Appellen stoßen wir auf taube Ohren. Es ist Zeit für rechtliche Forderungen im Einklang mit unserem Grundgesetz und mit dem Völkerrecht.

Der Vertrag zwischen Deutschland, USA und Großbritannien über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD von 1954, der 1990 ohne öffentliche Diskussion verlängert wurde, enthält die Klausel, ihn mit einer Frist von 24 Monaten kündigen zu können.

Es sollte endlich eine logische, rechtlich basierte Forderung der Friedensbewegung werden, alle militärischen Einrichtungen der USA und der NATO in unserem Land aufzulösen. Dies würde ebenfalls unserer vollen Souveränität entsprechen und zu Gute kommen. Die Eskalation der gegenseitigen Bedrohung mit modernisierten Atomwaffen wächst nach Aufkündigung des INF-Vertrages weiter. Mit konkreten Schritten müssen wir die Öffentlichkeit über die Gefahren und politischen Auswege aufklären. „Statt damit weiter an der nuklearen Abschreckung teilzunehmen, sollte sich Deutschland auf den fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss von 2010 besinnen und sich aktiv für den Abzug der US-Waffen einsetzen“, so Xanthe Hall, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland.

Da die IPPNW mit der Kampagne Stopp Air Base Ramstein eng verbunden ist, ist die klare Positionierung auch der IPPNW zur Kündigung des Truppenstationierungsvertrages unseres Erachtens ein Selbstgänger. Heißt es doch in deren Newsletter 2/2019 schon in der Überschrift:

Drohnenkriege beenden heißt Truppenstationierungsvertrag kündigen.

Ausdrücklich ist die deutsche IPPNW aufgerufen zur Unterstützung für die Aktionswoche gegen die Air Base Ramstein vom 23. bis 30. Juni 2019 und zur Teilnahme.

Antragsteller: AK Süd-Nord

Protest gegen Air Base Ramstein

IPPNW Deutschland unterstützt die Teilnahme an Protesten gegen die pfälzische Luftwaffenbasis der US-Army in Ramstein vom 23.6. bis 30.6.2019 und ruft zur Teilnahme auf.

Begründung:

Die Air Force Basis Ramstein ist zentrale Drehscheibe für meist völkerrechtswidrige Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten. Sie ist außerdem zentrale Relais-Station für mörderische Drohnenangriffe.

Michael Lüders, Nah- und Mittel-Ost-Experte zur Situation im Jemen: „Drohnen kreisen ständig insbesondere über dem Süden und haben bisher Hunderte getötet. ...in den allermeisten Fällen kosten sie unschuldige und ahnungslose Dorfbewohner das Leben.“

Diesen „extralegalen Hinrichtungen“, von Ramstein aus offensichtlich mit Zustimmung der Bundesregierung gesteuert, müssen wir entgegentreten.

Antragsteller: Matthias Jochheim

Stuttgarter Erklärung der IPPNW zu Europa Für ein anderes Europa

Aus der Mitte Europas sind zwei Weltkriege entstanden. Einen dritten Weltkrieg würde diese Erde angesichts des Bestandes an Massenvernichtungswaffen vermutlich nicht überleben. Die IPPNW hat die Vision, dass die Menschen in den Ländern eines Gesamteuropas, das über die existierende Europäische Union hinausgeht und auch Russland mit einbezieht, in friedlicher Kooperation zusammenleben. Ein solches Europa könnte die Kraft und Resilienz entwickeln, damit die Region in einer globalisierten Welt nicht erneut zu einem Herd eines weltumspannenden Krieges wird.

Die Mitgliederversammlung der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung identifiziert in den Strukturen der Europäischen Union erhebliche Kriegsgefahren. Die Ursachen von Kriegen zu erkennen und öffentlich auf sie hinzuweisen ist ein Kernanliegen der IPPNW. Deswegen strebt die IPPNW ein Europa für Alle an, das ein gesamteuropäisches Haus des Friedens sein muss. Die mit der Selbstvernichtung drohende, waffenstarrende globale Konfliktlage erlaubt den Rückgriff auf Willi Brandts Wort "Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts". Das radikale Umschwenken von einer militärischen Sicherheitslogik zu einer zivilen Friedenslogik kann nicht nur unseren Fortbestand sichern, sondern setzt zugleich die materiellen Mittel für das Ziel eines friedlichen, gerechten, demokratischen, gastlichen, sozialen und ökologischen Gesamteuropas frei.

Folgerichtig fordert die IPPNW als Einstieg in ein anders Europa,

- dass die Europäische Union seine militärischen Kräfte abbaut und seine Rüstungsprogramme beendet anstatt Sicherheit durch militärische Aufrüstung erreichen zu wollen;
- eine vorausschauende zivile Konfliktbearbeitung der Europäischen Union, die mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist, statt Rüstungsexporte immer wieder über Menschenrechte zu stellen;
- dass die Staaten in Europa den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben anstatt weiterhin Atomwaffen zu lagern;
- dass die Europäische Union das Konzept der Friedenslogik mit dem Ziel eines zweiten Helsinki-Prozesses in einem Gesamteuropa anwendet, statt Sicherheit durch militärische Macht sichern zu wollen;

- dass sich unser Europa der Zukunft im Rahmen der UN für eine internationale nicht-militärische Friedensordnung einsetzt, statt als militärischer Weltakteur zur Durchsetzung eigener Interessen aufzutreten.

Begründung:

Der wirtschaftliche, soziale und politische Anspruch der Europäischen Union, die Wertung ihrer realen Gestalt und die Abwägungen der Möglichkeit ihrer Reform führen vielerorts zu heftigen Debatten. Die Debatte des Für oder Wider Europäische Union ist auch der IPPNW nicht fremd.

Für die IPPNW ist bei dem Blick auf die Europäische Union entscheidend, dass sie mit falschen Maßnahmen falsche Ziele ansteuert. Ihre neoliberale Ausrichtung mit Privatisierungen, Sozialabbau und Marktliberalisierung führt nicht nur zu undemokratischen und unsozialen Tendenzen innerhalb ihrer Länder, sondern schafft über ihre Grenzen hinaus auch Ungleichheiten und Abhängigkeiten.

Die IPPNW wirkt als Teil der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Deswegen bestürzt sie besonders der Umstand, dass die Union ihre Rolle als globaler Großmachtspieler durch militärische Aufrüstung und gemeinsame Rüstungsprojekte weiter entwickeln will. Selbst eine Union mit eigener Armee und mit eigener atomarer Bewaffnung wird immer denkbarer. Zwar wird zivilen Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung das Wort geredet, dennoch bleibt die materielle Ausstattung der zivilen Konfliktbearbeitung weit hinter den Summen für das Militärische zurück. Grundsätzlich bleibt das Sicherheitsdenken der politischen Union auf ihr militärisches Gewaltpotential immer erhalten.

Für die IPPNW ergibt sich aus ihrer Kritik am Zustand und den Zielen der Union nicht zwingend, die EU abzulehnen. Dabei ist offen, ob die Union noch grundsätzlich reformierbar ist. In der heutigen EU steckt noch immer der Kern zum Anderen, der Gedanke eines friedlichen gemeinsamen Europas. Deswegen ist für die IPPNW entscheidend, dem Ist-Zustand und den Zielen der Europäischen Union eine innere und äußere gesamteuropäische Vision des Friedens entgegenzustellen, ein resolutes friedenspolitisches Programm.

Antragsteller: Vorstand der IPPNW Deutschland